



Paris - Bruxelles - Frankfurt - London - Roma - Madrid - Zürich - Washington - Chicago

Brüssel, 28. Januar 2004

Frau Marieluise Beck MdB
Beauftragte der Bundesregierung
für Migration, Flüchtlinge und Integration

11018 Berlin

Sehr geehrte Frau Beck,

von meiner Kollegin Mary Banotti, der Mediatorin des Europäischen Parlaments für in andere Länder entführte Kinder, wurde ich auf in Deutschland bestehende Missstände aufmerksam gemacht. So haben in einer Reihe von Fällen, die im Anhang angeführt sind, deutsche Elternteile nach der Scheidung von ihren Ehepartnern, welche nicht die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen, jegliche Verbindungen der Kinder zu dem anderen Elternteil, unterbunden. Dies bedeutet im Einzelnen, dass dem nichtdeutschen Elternteil Besuchsrechte verweigert werden und diesem faktisch keine Rechte bezogen auf das gemeinsame Kind zugebilligt werden. Auch wird dem deutschen Elternteil mit Billigung der deutschen Behörden gestattet, den Familiennamen des Kindes zu ändern, ohne die Erlaubnis des anderen Elternteils einzuholen. Ich bitte Sie um Mitteilung, welche Maßnahmen die Bundesregierung in dieser Frage plant oder einleitet.

Mit freundlichem Gruß

Hans-Gert Pöttering